

Braucht KMW Millionen-Subventionen? Zweifel an Wirtschaftlichkeit bestätigen sich

Mainz, 23.1.2009. In einem Schreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel warnt die Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa) davor, das in Mainz geplante Kohlekraftwerk mit Steuermitteln zu subventionieren.

RWE plant aufgrund der EU-Beschlüsse zum CO₂-Zertifikatehandel keine neuen Kohlekraftwerke in Westeuropa. Damit entfaltet der CO₂-Zertifikatehandel erstmals echte Lenkungswirkung.

Anlass für das Schreiben an die Bundeskanzlerin war ein Bericht der Frankfurter Rundschau, demzufolge sich die KMW derzeit um eine zweistellige Millionensumme aus dem „Rettungspaket der Bundesregierung“ bemühe (Quelle: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/wiesbaden/1664015_Probleme-mit-Finanzierung-des-Kraftwerks.html). Diese Bemühungen sind nach Auffassung von KoMa erklärungsbedürftig. „Die KMW wird nicht müde, der Öffentlichkeit und den Politikern zu versichern, das Kohlekraftwerks-Projekt sei wirtschaftlich“, erklärt KoMa-Sprecher Patrick Hassenpflug. „Mitunter wird sogar der Eindruck vermittelt, bei einem neuen Kohlekraftwerk handele es sich um eine regelrechte Gelddruckmaschine, und wer nicht auf Kohle setze, verfüge über keinerlei betriebswirtschaftlichen Verstand.“

Auch Warnungen vor Millionen-teuren CO₂-Zertifikaten wurden von den Mainzer Kohlevertretern zunächst bestritten, später wurde behauptet, eine vollständige Ersteigerung der Verschmutzungsrechte sei in den Kalkulationen enthalten. „Auch in den letzten Wochen und Monaten wurde aus KMW-Kreisen der Eindruck vermittelt, die Banken würden sich regelrecht um die Finanzierung des Kohleprojektes schlagen“, berichtet Hassenpflug. „Wenn dem tatsächlich so wäre, fragt man sich allerdings, wozu die KMW dann jetzt in Berlin um Unterstützung bittet. Oder geht es um reine Mitnahme-Effekte auf Kosten des Steuerzahlers?“

Der Wiesbadener Oberbürgermeister Helmut Müller, der gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der KMW ist, wird in der FR zitiert: "Keine Bank wird ein Projekt finanzieren, das nicht wirtschaftlich ist."

KoMa findet: „Wenn sich ein klimaschädliches Kohlekraftwerk entgegen allen Beteuerungen nicht von selbst trägt, kann es nicht sein, dass nun auch noch Steuergelder hinterher geworfen werden sollen.“

Unterdessen scheint der europäische CO₂-Zertifikatehandel erstmals seine Lenkungswirkung zu entfalten. Am Mittwoch kündigte der Energieriese RWE, sicherlich kein Unternehmen, das sich bisher durch Klimaschutz ausgezeichnet hätte, an, es werde in Westeuropa über die bereits im Bau befindlichen Kohlekraftwerke hinaus keine neuen CO₂-Schleudern errichten. **Als Grund nannte RWE die hohen Kosten für die benötigten Verschmutzungsrechte.** Alleine für das Mainzer Kohlekraftwerk werden aus dem mittlerweile verbindlich beschlossenen CO₂-Zertifikate-Handel jährliche Zusatzkosten von ca. 100 Millionen Euro resultieren. „Dass RWE nun endlich erkannt hat, dass sich Klimazerstörung in Westeuropa (für Osteuropa gelten leider noch andere Regeln) nicht mehr rechnet, ist erfreulich“, kommentiert Hassenpflug. „Diese Entwicklung, zusammen mit den Bemühungen der KMW, an Steuer-Subventionen zu gelangen, lassen die bisherigen Beteuerungen, das Mainzer Kohle-Projekt sei unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine sichere Bank, sehr fragwürdig erscheinen.“